



LANDTAGSWAHLPROGRAMM 2017 Niedersachsen

MENSCH

Direkte Demokratie stärken und Wahlalter senken

Wesentlicher Inhalt der parlamentarischen Demokratie ist die Vertretung des Willens des Volkes. In verschiedenen Bereichen ist der Eindruck entstanden, dass der Wille des Volkes zur Bildung regierungsfähiger Einheiten, zur Stärkung von Wirtschaftsstandorten oder auch zur Befriedigung eigener Interessen nicht in Gänze verfolgt und umgesetzt wird. Aus diesem Grund fordern wir die Stärkung der direkten Demokratie durch folgende Maßnahmen:

- **Die Zulässigkeit von Bürgerbegehren in allen Bereichen der örtlichen Gemeinschaft sowie Reduzierung der Anzahl der notwendigen Unterstützungsunterschriften**
(Streichung des Negativkatalogs in § 32 Abs. 2 Satz 2 NKomVG ; Bürgerbegehren)
- **Behandlung von Anregungen und Beschwerden in Angelegenheiten der Kommune in öffentlicher Sitzung der Vertretung, unabhängig von der Organzuständigkeit**
(Streichung von § 34 Satz 3 NKomVG)
- **Herabsetzung der Quoren für Volksinitiativen und Volksbegehren**
- **Herabsetzung der Wahlberechtigung bei Landeswahlen auf das 16. Lebensjahr**

Verabschiedung eines Nds. Informationszugangsgesetzes

Transparenz und Information sind wesentliche Voraussetzungen, um das Vertrauen der BürgerInnen in den Staat zu stärken.

Inzwischen hat die Landesregierung einen Entwurf für ein Transparenzgesetz in Niedersachsen vorgelegt, mit welchem in Artikel 1 die Verabschiedung eines „Gesetzes über den Zugang zu Informationen in Niedersachsen (Niedersächsisches Informationszugangsgesetz – NIZG) vorsieht. Die Umsetzung des Gesetzeszwecks einer transparenteren Verwaltung dürfte durch die geplante Gebührenordnung des Entwurfs jedoch erschwert werden. Auch soll es den informationspflichtigen Stellen überlassen bleiben, möglichst viele zur Veröffentlichung geeignete amtliche Informationen über das Internet oder in sonstiger Weise öffentlich zugänglich zu machen. Erst durch Rechtsverordnung soll in einem zweiten Schritt die Einrichtung eines zentralen Informationsregisters verpflichtend werden. Absolut inakzeptabel ist, dass viele Stellen/ Behörden von der verpflichtenden Transparenz ausgenommen werden sollen. Diese Einschränkungen lehnen wir ab und fordern

- **die Verabschiedung eines dem Transparenz- und Informationsgedanken tatsächlich Rechnung tragenden Informationszugangsgesetzes für Niedersachsen**

Förderung von attraktiven Wohnraumkonzepten im Bestand

Der Staat wird gebildet von einer starken Gemeinschaft, die sich unabhängig von Alter, Herkunft und Geschlecht der einzelnen Individuen gegenseitig stützt und unterstützt sowie ein friedliches Zusammenleben in einer gesunden Umgebung ohne weiteren Verbrauch natürlicher Flächen praktiziert. Zur Vermeidung von Isolation, Ausgrenzung und Vereinsamung setzen wir uns und die zur Verfügung stehenden Fördermittel ein für

- **energetisches Bauen und Modernisieren im Bestand sowie absolut restriktive Ausweisung neuer Baugebiete; Entsiegelung von Flächen zur Naherholung von Mensch und Tier**
- **bezahlbaren Wohnraum in jeder Region Niedersachsens, sowohl in Ballungszentren als auch in ländlichen Regionen**
- **generationsübergreifende, gemeinschaftliche Wohnformen**

Angebot von rein pflanzlicher Ernährung in öffentlichen Einrichtungen

Viele Zivilisationskrankheiten sind zu einem Großteil bedingt durch den Konsum von tierischen Produkten. Viele Menschen erreichen nicht einmal die Empfehlungen hinsichtlich des täglichen Konsums von Obst und Gemüse. Unter gesundheitlichen, ökologischen und ethischen Gesichtspunkten erweist sich die reine pflanzliche Ernährung als schmackhafte und bekömmliche Alternative zu Gewohntem. Die Umweltbilanz fällt bei der Produktion von tierischen Nahrungsmitteln hinsichtlich Wasserverbrauch, Flächenverbrauch und langen Transportwegen wesentlich schlechter aus als bei der Produktion pflanzlicher Nahrung. Aus diesem Grund fordern wir:

- **in öffentlichen Einrichtungen (z.B. Universitäten, Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser, Verwaltungen) täglich neben herkömmlicher auch rein pflanzliche Ernährung**

Familienorientierte frühkindliche Bildung

Kinder brauchen Liebe, Betreuung und Orientierung. An erster Stelle ist hier die Familie gefragt und erst an zweiter Stelle die Betreuungskräfte in den Kindertagesstätten. Wir fordern:

- **ein Recht für Kinder auf Familie und entsprechende Hilfsangebote**
- **die Herabsetzung des Betreuungsschlüssels in Kindertagesstätten**
- **die Möglichkeit einer wohnortnahen Betreuung in Kindertagesstätten**

Einführung von Gesundheits- und Ernährungsunterricht

In unserer Gesellschaft wird zu Recht ein zunehmend kritischer Anspruch an das Thema Gesundheit und Ernährung gestellt. Das Gut, das wir zum Leben am vordringlichsten benötigen, ist eine intakte gesundheitliche Verfassung, physisch und mental. Hierfür sind nicht nur eine förderliche Lebensführung wichtig, sondern auch die Grundlagen, die unsere körperlichen Ressourcen bilden. Die heutigen Erkenntnisse zur gesunden Ernährung, unter Berücksichtigung einer zunehmend unvermeidbaren Massenproduktion von Nahrungsmitteln, ist weit fortgeschritten. Gleichzeitig mangelt es jedoch immer öfter an gesunder Ernährung, zumal auch das Angebot an Fastfood und Fertiggerichten einen immer größeren Markt findet. Auch werden die Zusammenhänge zwischen Ernährung, Bewegung, körperlicher Entwicklung und schädlichen äußeren Einflüssen nur unzureichend vermittelt. Aus diesem Grund fordern wir

- **einen Gesundheits- und Ernährungsunterricht an Schulen, welcher aufklärend und präventiv den Erhalt der Gesundheit bereits im Kindes- und Jugendalter fördert und unter enger Beteiligung der Lehrkräfte entwickelt wird**
- **die intensive Förderung bereits bestehender Programme kompetenter Fachkräfte (z.B. Ernährungsberater, Drogenbeauftragte, Tierschutzbeauftragte mit spezieller Befähigung zur Unterrichtung an Schulen) als Unterrichtsform**

Ausbildung in sozialen Berufen und im Bau-Handwerk fördern und Fachkräftemangel vermeiden

Die duale Ausbildung in Handwerksbetrieben wird aus verschiedenen Gründen von Jugendlichen nicht nachgefragt und führt zu einem eklatanten Fachkräftemangel, dessen Auswirkungen in vielen Bereichen problematisch werden könnten. Aus diesem Grund setzen wir uns ein

- **für eine intensive Bewerbung der Ausbildung im Bau-Handwerk durch Praktikas und Förderung der ausbildenden Betriebe**
- **soziale Berufe besser bezahlen**

Asylrecht

Wer aus eindeutig politischen, rassistischen, sexistischen oder religiösen Gründen verfolgt wird, an Hunger leidet oder auf Grund von Krieg oder Bürgerkrieg aus seinem Land flüchtet, muss Asyl finden.

Eine Unterbringung der Asylsuchenden bzw. Geduldeten in Wohnheimen und Lagern muss auf einen festzusetzenden Zeitraum beschränkt werden und zeitnah in einer dezentralen Unterbringung münden. Eine Dezentralisierung von Menschen, die in Deutschland als Flüchtlinge leben, ermöglicht nicht nur eine deutlich höhere Chance auf ein besseres Verständnis und menschliches Miteinander, sondern auch auf eine zügigere Integration innerhalb von Deutschland. Durch Vereinfachung der Asylverfahren sollen Flüchtlinge schnellstmöglich und vollumfänglich in das gesellschaftliche Leben sowie den Arbeitsmarkt in Deutschland integriert werden, damit sie ihren eigenen Unterhalt erarbeiten und ihren Beitrag zu unserem Sozialsystem erbringen können. Dies ist entscheidend für

ein würdevolles Leben und für die Akzeptanz in der Bevölkerung. Aus diesem Grund setzen wir uns ein für

- **Vereinfachte Asylverfahren, Dezentralisierung von Asylbewerbern und Flüchtlingen und die Anerkennung von Ausbildungsnachweisen**
- **sofortige Abschiebung von Flüchtlingen die des Verbrechens nach deutschem Recht rechtskräftig verurteilt wurden**

Stärkung des Ehrenamtes

Trotz der hohen Alltagsbelastung engagieren sich viele Menschen ehrenamtlich, beispielsweise in sozialen Organisationen, im Tier- oder Umweltschutz oder bei der Feuerwehr. Damit leisten sie einen wichtigen und wertvollen Beitrag für unser Zusammenleben, zur Verbesserung der Situation Hilfsbedürftiger oder zur Sicherung der Lebensgrundlagen nachfolgender Generationen. Dies muss angemessen gewürdigt und unterstützt werden. Wir fördern

- **den Ausbau von Netzwerken zur Vermittlung, Beratung und Qualifizierung von Ehrenamtlichen auf und Schaffung zusätzliche Anreize für ehrenamtliches Engagement, wie beispielsweise durch die Bescheinigung aller ehrenamtlichen Tätigkeiten und dabei erworbenen Qualifikationen in Ehrenamtspässen und -zertifikaten oder die Einführung einer Ehrenamtskarte, mit der Engagierte z.B. vergünstigten Eintritt in Kultur- und Freizeiteinrichtungen erhalten. An Freiwilligentagen sollen Interessierte die Möglichkeit bekommen, ehrenamtliche Tätigkeiten unverbindlich auszuprobieren.**

UMWELT

Energieeffizienz

Die Atom- und Kohleindustrie sieht nur das schnelle Geld, jedoch nicht die Begrenztheit der natürlichen Ressourcen oder die ungelöste Frage der Endlagerung. Wir fordern:

- **den sofortigen Ausstieg aus der Atom- und der Kohlekraft**
- **eine nachhaltige, auf die Zukunft ausgerichtete Energiepolitik mit einer Förderung von Solarenergie, Wasser- und Windkraft, nicht nur für Großanlagen, sondern auch im Bereich der regionalen Energieerzeugung direkt am Wohnort und am Wohneigentum sowie Entwicklung von Speichermöglichkeiten für Energie**

Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs und Förderung von Modelprojekten hinsichtlich der individuellen Mobilität

Zum Zweck der Eindämmung von Treibhauseffekt und Umweltverschmutzung ist es unumgänglich, den öffentlichen Personenverkehr und die Elektromobilität verstärkt zu fördern. Wir fordern

- **den Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs, insbesondere auch in ländlichen Gegenden z.B. durch eine intelligente Kombination von S-Bahn, Bus und Anrufsammeltaxi sowie ein einheitliches Tarifgefüge.**
- **bei der Verkehrsplanung besonders auf die Belange von Fußgängern und Radfahrern durch flächendeckend übersichtliche sowie sichere Radwege und Fußgängerüberweg**

Förderung regionaler Märkte

In den letzten Jahren hat bei Konsumentinnen und Konsumenten ein Sinneswandel eingesetzt: Sie sind mittlerweile bereit, mehr Geld für Lebensmittel auszugeben, wenn sie dafür eine entsprechend höhere Qualität erhält. Es ist Irrsinn, zum Beispiel Äpfel aus Südafrika zu importieren. Ebenso werden Tonnen Futtermittel importiert, für deren Erzeugung ganze Regenwälder in der so genannten dritten Welt gerodet werden, um hier Masttiere, unter unsäglichen Qualen, zu produzieren, sie in Osteuropa schlachten zu lassen, wieder nach Deutschland zu importieren, die Reste wieder in die dritte Welt zu exportieren und dort den regionalen Bauern die Lebensgrundlage zu nehmen. Allein diese unsinnigen Transporte tragen einen großen Anteil zum Klimawandel bei. Außerdem geht durch diese Prozedur jedwede Transparenz und Qualität verloren. Die Zukunft kann nur in einer regionalen, biologischen und bäuerlichen Landwirtschaft liegen. Die regionale Produktion bietet dem Verbraucher wesentlich mehr Transparenz, schont die Umwelt durch kürzere Transporte und sorgt für mehr soziale Gerechtigkeit, sowohl bei den Landwirten hier vor Ort, als auch in den Entwicklungsländern. Aus diesen Gründen setzen wir uns entschieden ein für

- **eine Förderung regionaler Produktion und Märkte**

TIERSCHUTZ

Verbandsklagerecht

In Niedersachsen wurde mit den Stimmen der SPD und der Grünen das Gesetz über Mitwirkungs- und Klagerechte von Tierschutzorganisationen vom 6. April 2017 beschlossen. Dies ist zunächst ein Schritt in die richtige Richtung, allerdings gewährt die niedersächsische Regelung ein Mitsprache für Tierschützer nur auf Sparflamme. Die schwächste Klageform, die Feststellungsklage, die nur nachträglich behördliches Handeln überprüfen lässt, wurde gewählt. Auch können anerkannte Tierschutzorganisationen lediglich bei der Vorbereitung von Rechts- und Verwaltungsvorschriften und vor der Erteilung von bau- und immissionsschutzrechtlichen Genehmigungen für die Nutztierhaltung Einsicht in Sachverständigengutachten nehmen. Für sonstige Tierschutzverfahren sind die Klagemöglichkeiten nur unter sehr erschwerten Bedingungen möglich. Dazu wurden umfangreiche Ausnahmenvorschriften ins Gesetz aufgenommen. Unverständlich bleibt auch, warum Stallhaltungen bis zu einem Rauminhalt von 450 Kubikmeter vom Klagerecht ausgenommen wurden. Ausgenommen ist die Klagemöglichkeit u.a. auch für Entscheidungen über Vorhaben zur Errichtung von Gehegen in Zoos, die bestimmte Anforderungen erfüllen. Aus diesem Grund fordern wir

- **die konsequente Verbesserung des Mitwirkungs- und Verbandsklagerechts in Niedersachsen; insbesondere die Möglichkeit der Anfechtungs- und**

Verpflichtungsklage sowie die Streichung der zurzeit für Zoos geltenden Ausnahmeregelung

Verbot von Tierversuchen

Tierversuche sind nicht auf den Menschen übertragbar und werden daher von uns strikt abgelehnt. Vielmehr sind sie durch diesen Aspekt als gefährlich für das Wohl der Menschen einzuordnen. Die Ursachen menschlicher Krankheiten bilden keinen Zusammenhang mit den Resultaten von Versuchen mit künstlich geschädigten Tieren. Die Profiteure dieser grausamen Art von Tierausbeutung nutzen die dafür verwendeten Steuergelder, um ihre Karrieren zu fördern und tragen verantwortungslos zu einer Irreführung der Bevölkerung bei. Der Versuch am Tier dient nicht zuletzt dazu, Regressforderungen abzuwehren, wenn Schäden beim Menschen, z.B. durch Medikamente, entstehen. Die Methode Tierversuch verursacht Schmerzen, physische und/oder psychische Leiden und Schäden und endet mit dem Tod der Versuchstiere. Die missbrauchten Tiere sind zudem oft Wildfänge, die ihrem Sozialgefüge entrissen wurden, was somit zum Artenschwund beiträgt. Durch die Vergeudung von Steuergeldern in Milliardenhöhe für sinnlose Tierversuche bleibt zu wenig für die Erforschung alternativer Methoden (bildgebende Verfahren, Zellkulturen, Bio-Chips). Die Schädlichkeit von Substanzen kann in tierversuchsfreien Verfahren sehr viel eindeutiger und schneller festgestellt werden. Pestizide und Herbizide sollen generell nicht mehr genehmigt werden. Ursachenforschung, statt immer wiederkehrende Versuche an künstlich krank gemachten schwächeren Lebewesen, ist das Mittel der Wahl einer nachhaltigen Denkweise. Dass dieser moderne und zeitgemäße Wissenschaftszweig gefördert wird, dafür setzen wir uns ein. Fortschritt bedeutet für uns, alte Wege, die sich nachweislich nicht bewährt haben, zu verlassen und ethische Verantwortung gegenüber allen Lebewesen zu übernehmen. Aus diesem Grund werden wir uns einsetzen für die

- **grundsätzlichen Abschaffung von Tierversuchen, auch in der Lehre an niedersächsischen Hochschulen und Universitäten**

Sicherheit und Klarheit kann nur geschaffen werden mit einem ausnahmslosen Verbot aller Tierversuche in der Grundlagenforschung, der Gentechnik, der Medizin, in der Toxikologie und Produktentwicklung, in der Rüstungs- und Weltraumforschung, in der Lebensmittel- und Pharmaforschung, für Alltagsprodukte ebenso wie in Abwassertests. Dafür werden wir uns im Bundesrat einsetzen.

Verbot der Intensiv-Tierhaltung und Umstellung auf die bio-vegane Landwirtschaft

Die Landwirtschaft, ist die zweitstärkste Wirtschaftsbranche in Niedersachsen, steht aber -nicht nur wegen der negativen Umweltauswirkungen- auch in der gesellschaftlichen Kritik. In der industrialisierten Tierhaltung leben und sterben allein in Deutschland unzählige Tiere pro Jahr. Körper und Leistung der Tiere sind nicht mehr naturgemäß, sondern werden durch Selektion den Bedürfnissen der Gewinnmaximierung entsprechend verfremdet (Qualzuchten). Gewaltsam werden die Tiere den Haltungsformen z.B. durch Kürzung oder Abtrennung von Hörnern, Ringelschwänzen, Schnäbeln und Zähnen angepasst. Wesentliche Grundbedürfnisse der Tiere werden ignoriert und ihre Bewegungsfreiheit wird in quälerischem Ausmaß erheblich eingeschränkt. Um die Tiere unter den schlechten Bedingungen an ihrem kurzen Leben zu halten, werden

routinemäßig Antibiotikagaben verabreicht. Der Weg zur Schlachtbank ist ein weiterer Schritt des Grauens über lange Transportwege bis hin zum Schlachthof. Tiere aus der Biohaltung nehmen häufig keinen "besseren" Abgang aus dem Leben. Aus diesem Grund fordern wir:

- **die konsequente Bewahrung tierlicher Einzelindividuen vor psychischer und physischer Schädigung seitens des Menschen**

Zur Erreichung dieses Zieles fordern wir

- **die Subventionierung der Betriebsumstellung auf bio-vegane Landwirtschaft**
- **anstatt der Verbesserung des Systems die Abschaffung des Systems der industrialisierten Tierhaltung aus wirtschaftlichen Gründen**
- **Transparenz für Verbraucherinnen und Verbraucher durch leicht verständliche Kennzeichnung von Produkten; Aufklärung !**
- **keine Genehmigung weiterer Tierhaltungs- oder -tötungseinrichtungen; Gesetzesinitiative gegen den Bau von Tiermastanlagen**

übergangsweise:

- **die Subventionierung des Rückbaus von Tierhaltungseinrichtungen zu Betrieben, in welchen die Tiere im Herdenverband zusammen leben.**
- **Durchführung von Schlachtungen unter Berücksichtigung, dass Schmerzen, Angst und Leid für das zu schlachtende Tier und seine Herdenmitglieder vermieden werden; Abschaffung der Schlachthöfe.**

Diese möglichst leidarm gewonnenen Tierprodukte, die nicht auf Masse ausgerichtet sind, helfen nicht nur Tierleid zu vermindern, sie führen auch zu deutlich höheren Preisen für Tierprodukte. Dies regt ein neues Bewusstsein im Umgang mit Lebensmitteln an.

Verbot der Jagd

Wildtierpopulationen regulieren sich ohne menschliches Zutun aufgrund von Sozialgefügen sowie Umwelteinflüssen wie Nahrungsangebot und Krankheiten. Durch die Jagd werden stabile Sozialstrukturen zerstört. Zudem werden Wildtiere im Winter oft von Jägern gefüttert. Wildtiere haben kaum noch feste Reviere mit beständiger Paarbindung, sie wandern umher und pflanzen sich unkontrolliert fort. So bedingt die Jagd nicht nur einen Anstieg der Geburtenrate, sondern trägt darüber hinaus zur Verbreitung potenzieller Krankheiten bei. Die Jagd wird häufig als Sport betrieben und ist nur fadenscheinig dem Allgemeinwohl geschuldet. Füchse z.B. sind keine Gefahr für den Artenschutz. Die Jäger hingegen sind neben Lebensraumverlust und schwindendem Nahrungsangebot mit ein Grund für Populationsrückgänge bedrohter Arten wie beispielsweise Auerhuhn oder Feldhase, denn sie töten in Deutschland selbst jährlich mehr als 200.000 Feldhasen. Aus diesem Grund fordern wir

- **ein ausnahmsloses Verbot der Jagd**

Sachkundenachweis für Tierhalter

Um die artgerechte Haltung von Haustieren gewährleisten zu können, ist es dringend erforderlich, einen Sachkundenachweis für alle Tierhalter einzuführen. Nur so kann sichergestellt werden, dass ein Mindestmaß an Wissen über die richtige Ernährung, richtiges Verhalten dem Tier gegenüber und ein Verständnis über dessen Bedürfnisse beim künftigen Tierhalter vorhanden ist und somit dem Tier ein würdevolles und gesundes Leben ermöglicht sowie Probleme mit Mitmenschen vermieden werden. Die heutzutage leider triviale Haustieranschaffung muss durch Aufklärung und Nachweis von Wissen über das gewünschte Tier erschwert werden. Nur wer wirklich verstanden hat, was es bedeutet, sich um ein anderes Lebewesen bis zu dessen Tod zu kümmern und dies mit einem Sachkundenachweis auch belegen kann, sollte die Erlaubnis bekommen, sich ein Tier anzuschaffen. Nur so kann verhindert werden, dass z.B. ein Schäferhund in einer viel zu engen Mietwohnung gehalten wird, Kleintiere ohne ausreichend Auslauf leben müssen oder Kaninchen falsch ernährt oder einzeln gehalten werden. Aus diesem Grund fordern wir:

- **die Einführung eines Sachkundenachweises für jede Person, die einem Tier ein Zuhause geben möchte. Dieser wird kostenpflichtig sein, außer, wenn das Tier aus dem Tierheim oder als Fundtier adoptiert wurde**

Nachhaltige Kontrollen bei der Einhaltung tierschutzrechtlicher Vorschriften

Zweck des Tierschutzgesetzes (TierSchG) ist es, „aus der Verantwortung des Menschen für das Tier als Mitgeschöpf dessen Leben und Wohlbefinden zu schützen. Niemand darf einem Tier ohne vernünftigen Grund Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügen.“

Tiere werden von vielen Menschen zunehmend als fühlende Wesen anerkannt und nicht länger als Sachen definiert. Demnach muss auch per Gesetzeslage eine Verbesserung und eindeutige Verantwortung für das Wohl von Tieren aus den festgelegten Bestimmungen hervorgehen. Zweck dieses Gesetzes ist es, aus der Verantwortung des Menschen für das Tier als Mitgeschöpf dessen Leben und Wohlbefinden zu schützen.

Das TierSchG in Deutschland hat weiterhin viele Lücken und ist völlig unzureichend. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit, die Einhaltung und Kontrolle des bestehenden Tierschutzgesetzes umso konsequenter umzusetzen.

Kontrollen zur Einhaltung des Tierschutzgesetzes machen Sinn, wenn sie konsequent und durch zugelassene und geprüfte Gremien durchgeführt werden. Fakt ist, dass Kontrollen diverser Art oftmals aus verschiedenen Gründen gar nicht oder nicht in ausreichendem Maße stattfinden. Die Kontrollinstanzen sind oftmals nicht oder unzureichend ausgebildet, um ihrem Auftrag nachgehen zu können. Es gibt auch positive Beispiele wie Kontrolle des TierSchG funktionieren kann.

Sicherlich ist dies aber weiterhin eher die Ausnahme und betrifft in der Regel die NGOs (non-governmental organizations) wie z.B. die Organisation ‚Animals‘ Angels‘. Die Anzahl der ausführenden Kontrollstellen, die dafür zugelassen sind, ist in der Regel nicht praxistauglich, oder gar bedenklich, da hierfür bisher keine weiteren Kapazitäten geschaffen werden (z.B.

Veterinärämter, geschultes Personal auf Tiertransporten etc.). Die stichprobenartigen Prüfungen und Methoden (z.B. in Schlachthäusern, bei Tiertransporten etc.) tragen bisher nicht annähernd dem Bedarf nach erforderlicher Kontrolle Rechnung.

Der Frage nach den unterschiedlichen Interessenlagen von Industrie und Wirtschaft (Fleischindustrie, Pharmaindustrie etc.), verglichen mit dem in Kauf genommenen Leid von Tieren, folgt automatisch die Frage nach der Vereinbarkeit von ethischen und ökonomischen Gesichtspunkten. Wie viel Leid fügen Menschen Tieren weiterhin zu, obwohl dies fragwürdig und ethisch nicht vertretbar ist (Tierversuche, Schlachtung und Behandlung von fühlenden Wesen ohne Betäubung, Pelztiere etc.). Konflikte zwischen einzelnen Interessenvertretern sind vorprogrammiert und dennoch sind wir Menschen diejenigen, die die alleinige Verantwortung tragen und genauestens abwägen müssen, wie viel Profit es uns wert ist, Tieren diese Qualen aufzubürden.

Wir stehen für konsequenten Tierschutz und dies bedingt unter anderem eine verschärfte Einhaltung und Verstärkung der Kontrollen des Tierschutzgesetzes.

Der bestehenden Gesetzeslage zum Tierschutz fehlt es bisher weiterhin an Umsetzung und Nachweisbarkeit. Es fehlt die Transparenz, um die bestehenden Missstände aufzudecken. Die Komplexität der Gesetze zum Schutz von Tieren ist immens. Auch dies führt zu unterschiedlichen Wissensständen und Auslegungsunterschieden. Dies darf nicht zum Nachteil von Tieren geschehen. Aus diesem Grund fordern wir

- **intensivere Kontrollen zur Einhaltung der bestehenden Gesetze zum Schutz von Tieren durch Verstärkung der Veterinärämter durch sachkundige Personen**

Die heutige Form der Massentierhaltung ist nicht akzeptabel und hinnehmbar, wenn wir Menschen auch unsere Gesundheit und die Umwelt schützen wollen. Es ist absehbar, dass Tierleid langfristig auch der Feind des Menschen sein wird, wenn wir nicht umdenken und handeln. Den Begriff Nutztier lehnen wir ab, denn wir müssen keine Tiere benutzen, um gesund leben zu können und dürfen uns diese Definition nicht anmaßen, wenn es uns ernst ist mit dem Schutz von Lebewesen jeglicher Art.

Wir, die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ, arbeiten sowohl an der Verbreitung des Tierschutzgedankens allgemein, als auch an expliziten Einzelthemen, für die dringender Handlungsbedarf zu Gunsten von Mensch und Tier besteht. Je mehr Stimmen wir von unseren Wählern auch auf Landesebene erhalten, desto größer werden langfristig die Chancen sein, Missstände bei den zuständigen Instanzen offen anzusprechen und Druck auf den Ebenen auszulösen, die sich bisher nicht zuständig fühlen. Veränderungen für eine Verbesserung der Kontrollen des Tierschutzgesetzes müssen gezielt vorbereitet werden, wenn wir unsere Zukunft auf einem vernünftigen und funktionstüchtigen System ohne Tierqual und Ausbeutung ausrichten wollen. Hierfür zählen wir auf Sie und Ihre Stimme zur Landtagswahl in Niedersachsen.

Bundesrat

- **Im Bundesrat werden wir uns für die Themen aus unserem Grundsatzprogramm einsetzen, die nicht auf Landesebene beschlossen werden können.**